

Hermann Schaus

Begrüßungsrede 2. Kommunalpolitische Konferenz der Landtagsfraktion, 21.05.2011

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch ich begrüße euch im Namen der Landtagsfraktion recht herzlich zu unserer 2. Kommunalpolitischen Konferenz hier im Hessischen Landtag. Wir haben diese Tagung ganz bewusst zeitnah nach den Kommunalwahlen organisiert, damit sich insbesondere die vielen neuen Mandatsträger_innen auch untereinander kennenlernen und so auch überregionale Netzwerke entstehen können.

Werfen wir aber zunächst einen Blick auf unser landesweites Wahlergebnis.

Wir alle haben mehr erwartet! Dennoch sollten wir nicht enttäuscht über unser Abschneiden sein, denn wir konnten, trotz der massiven politischen Verschiebungen aufgrund des Atom-Gau von Fukushima, immerhin mit 3,3 % unser Wahlergebnis halten. Erstmals sind wir als LINKE in allen 21 Landkreisen und allen 5 kreisfreien Städten geschlossen antreten und erreichten insgesamt 64 Mandate. Wenn es tröstet, die FDP erzielte auch nur wenig mehr Mandate.

Stolz können wir darauf sein in 40 Städten und Gemeinden erstmals angetreten zu sein. Hier erzielten wir in den ca. 60 Städten insgesamt 89 Mandate.

Mit einem Zuwachs von ursprünglich 94 auf nunmehr 153 kommunale Mandatsträger_innen, ohne Berücksichtigung weiterer Magistratssitze, haben wir unser Ziel der Verdoppelung der Mandatszahl zwar nicht erreicht ,aber doch mehr als 50 Mandate neu hinzu gewinnen können.

Und vergessen wir auch nicht die über 50 neu gewählten Ortsbeiräte, beispielsweise in Frankfurt, Wiesbaden, Hanau und den anderen Städten.

Bei den vier Direktwahlen konnten wir durchaus beachtliche Ergebnisse erzielen. Unser OB-Kandidat Kai Böddinghaus schaffte es in Kassel auf stolze 6,4%; unser OB Kandidat Henning Köster in Marburg auf 4,4%, und unser Landrateskandidat im großen Main-Kinzig-Kreis, Andreas Möller, immerhin auf 2,8%.

Als Sensation ist jedoch das Ergebnis von 8,4% für Fritz Walter Hornung, als Landratskandidat im Main Taunus Kreis anzusehen. Hierin steckt sicher auch eine gute Portion an Anerkennung unserer Positionen gegen den Flughafenausbau, welche wir uns mittlerweile in der Region erarbeitet haben.

Hier sollten wir jetzt ansetzen und die Stimmung für den sofortigen Ausstieg aus der Atomtechnologie nutzen, um aktiv und kontinuierlich für die Entmachtung der großen vier Energieerzeuger durch Re-Kommunalisierung der Energiewirtschaft einzutreten. Hier muss es uns um den Ausbau kommunalisierter Stadtwerke, die zukünftig nicht nur als Verteiler sondern auch als Energieerzeuger regenerativer Energien den lokalen Markt beliefern sollten.

Gleichzeitig mit den Kommunalwahlen fand die Volksabstimmung zur Schuldenbremse statt.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften, nahezu allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen, von Schüler- über Eltern- bis zu Studierendenvertretungen ist es uns gelungen, dem Einheitsbrei der Jasager, der Viererbande von CDU, SPD, FDP und Grünen stark entgegen zu treten.

Immerhin 30% haben mit Nein stimmt, ein beachtliches Ergebnis, dass ohne unseren gemeinsamen (Wahl)Kampf gegen eine Schuldenbremse in der hessischen Verfassung, nicht möglich gewesen wäre. Ein riesiger Erfolg an den es jetzt gilt anzuknüpfen wenn die Sparmaßnahmen greifen, wie bereits erkennbar bei den Schließungsabsichten der Arbeits- und Amtsgerichte, der Staatlichen Schulämter oder der verspäteten Anpassung der Beamtenbesoldung. Hier müssen wir vor Ort die bestehenden lokalen Bündnisse gegen die Schuldenbremse nutzen und für den Protest fit machen!

Wir sollen und müssen mit unserer parlamentarischen Arbeit klar machen, dass es gerade unsere Aufgabe ist - als einzige alternative politische Kraft -, das Sprachrohr von Gewerkschaftern, Initiativen und Verbänden zu sein, dass wir deshalb unentbehrlich sind!

Eine Mehrheit gegen die Schuldenbremse - das ist heute klar - wäre in Hessen gemeinsam mit SPD und Grünen möglich gewesen. Es tröstet deshalb wenig, dass ihrer Ja-Linie mindestens die Hälfte ihrer eigenen Wähler nicht gefolgt ist.

Die inhaltlichen Themenfelder unserer kommunalpolitischen Arbeit sind so vorgezeichnet. Wir sind diejenigen, die die brennenden sozialen, ökologischen und wirtschaftspolitischen Fragen aufwerfen und die inhaltliche Verbindung zur landes- und bundespolitischen Verantwortung herstellen.

Wir haben schon bisher die heißen Eisen angepackt und sie unmittelbar in die Parlamente getragen. Dabei ist die Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen, mit Gewerkschaften und Vereinen, bis hin zu den Kirchen unsere wichtigste Grundlage; dass dürfen wir in unserer Parlamentsarbeit nie vergessen! Diese Zusammenarbeit kann durchaus noch ausgebaut werden.

Damit stellen wir klar, dass wir eben keine Stellvertreterpolitik machen wollen. Das Aufgreifen von Themen und Problemen sollte deshalb stets darauf abzielen auch die Betroffenen zur Gegenwehr selbst zu motivieren und zu mobilisieren. Das ist unsere vorrangige Aufgabe als LINKE, **auch** in den Parlamenten! Deshalb treten wir auch für mehr direkte Demokratie und Transparenz ein.

Hierbei wollen wir euch als Landtagsfraktion bei eurer kommunalpolitischen Arbeit tatkräftig unterstützen und mit euch intensiv zusammen arbeiten. Wir werden euch auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Auch zukünftig werden wir euch Anregungen und Material für kommunalpolitische Themenfelder vorschlagen um von mehreren Seiten Druck auszuüben. Ihr entscheidet selbstverständlich vor Ort, was ihr davon aufgreift und wie ihr damit umgeht.

Am aktuellen Beispiel nämlich unserer Studie über die NS-Vergangenheit zahlreicher Landtagsabgeordneter, die ihr heute erhalten habt, lässt sich m. E. gut darstellen wie wichtig es ist dieses verdrängte Thema flächendeckend intensiv anzugehen. Deshalb stellen wir euch heute auch einen Musterantrag für die Kommunalparlamente vor und bitten euch in dieser Sache ebenfalls aktiv zu werden.

Ein weiteres Thema ist die Novellierung der HGO und HKO.

Nachdem wir ja bereits im November des letzten Jahres einen umfangreichen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht haben, der bei der schriftlichen Sachverständigenanhörung erfreulich viel Zustimmung fand, hat in dieser Woche nun endlich auch die Landesregierung ihren Gesetzentwurf vorgelegt. Er enthält wenige Überraschungen und die Wenigen sind zum Teil sogar von uns abgeschrieben.

Weil die Gesetze bis Jahresende neu beschlossen werden müssen, werden wir eine breite öffentliche Debatte bekommen in der nur unser Gesetzentwurf gegen den der Landesregierung stehen wird. Eine Chance die wir nutzen werden unsere alternativen Vorstellungen von mehr Demokratie, Transparenz und Beteiligung einem großen Kreis Interessierter vorzustellen.

Demokratie und kommunale Selbstverwaltung lebt aber nicht nur von guten Worten und Taten. Die finanzielle Situation nahezu aller hessischer Kommunen (außer vielleicht Eschborn) ist schon seit Jahren mehr als prekär. Eine wirkliche kommunale Selbstverwaltung ist deshalb nicht mehr gegeben.

Gerade deshalb müssen wir als Kommunalpolitiker_innen aufpassen nicht in die ideologischen Fallen der Anderen hineinzutreten. Lassen wir uns also nicht dazu benutzen uns an ihren Einspardiskussionen dergestalt zu beteiligen, dass wir „die besseren“ Vorschläge machen. Denn hier muss es unsere Aufgabe immer wieder sein auf die Zusammenhänge zwischen Steuerpolitik, Schuldenbremse und Finanzausstattung der Kommunen aufmerksam zu machen, damit sich etwas grundlegend ändert. Ein Dickes Brett also, in das wir viele Löcher bohren müssen!

In diesem Sinne wünsche ich unserer Konferenz gute Beratungen.